



## Wahlfarce am Hindukusch?

2556 Kandidaten bewerben sich um die Sitze im afghanischen Unterhaus. Massiver Betrug machte die Präsidentschaftswahl zur Farce. Dem Parlamentsvotum droht ein ähnliches Schicksal. **Seite 2**



## Hastig, unfair, mangelhaft

Zwei eritreische Deserteure, die nach ihrer Abschiebung aus Deutschland im Militärgefängnis gelandet sind, schafften die Rückkehr und verklagen nun Deutschland auf Entschädigung. **Seite 3**



## Missbrauch und Kirche

Vor Kurzem hat die katholische Kirche neue Leitlinien gegen sexuellen Missbrauch vorgestellt. Wie sind diese zu bewerten? ND veröffentlicht drei unterschiedliche Positionen. **Debatte Seite 17**

## Standpunkt

### Kernfrage

Von Olaf Standke

*Glaubt man den Vermittlern aus Washington, sind alle engagiert. Tacheles wurde geredet, und über dem Amtssitz des israelischen Premiers Natanjahu in Jerusalem wehte sogar die palästinensische Flagge. Doch der größte praktische Erfolg der neuen Nahost-Verhandlungen bestand bisher wohl schon darin, Mahmud Abbas am Gesprächstisch gehalten zu haben.*

*Hauptstreitpunkt dort sind die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Die USA bemühen sich um die Fortsetzung des Ende September auslaufenden israelischen Baustopps im Westjordanland, und der Palästinenserpräsident macht vielleicht auch dann weiter, wenn die Frist nicht gleich verlängert werden sollte. Nicht das Störfeuer militanter Palästinenser ist das Haupthindernis für dauerhafte, nachhaltige Friedensvereinbarungen in Nahost, sondern die fehlende Perspektive für ein schon allzu lange unter Besatzung und Boykott leidendes Volk. Innerhalb eines Jahres will USA-Präsident Obama diese endlich in völkerrechtlich bindende Vertragsartikel verankern. Dafür sind sicherlich auch in der Siedlungsfrage kreative Kompromisse nötig, wie sie seine Außenministerin gestern gefordert hat. Die Überführung von Siedlungsblöcken ins israelische Staatsgebiet im Tausch gegen Entschädigungsland für die Palästinenser z.B. kann es aber nur sein, wenn am Ende nicht nur ein etwas anders gestrickter territorialer Flickenteppich steht, sondern ein lebensfähiger souveräner palästinensischer Staat.*

## Unten links

Wenig Mitleid wird beim gestandenen ND-Leser die Mitteilung erregen, dass der Eurofighter soeben Startverbot erhalten hat – es gibt Zweifel an der Zuverlässigkeit des Schleudersitzes. Doch bei aller Schadenfreude erregt die Schmach auch Mitleid. Die kämpferischsten Eigenschaften des Kontinents sollte er vereinen, dieser »Europakämpfer«. Wer will, kann die stolze Stirn des Griechen erkennen, die raue deutsche Schale überm Softwarekern. Sogar den Husten des nebelgeplagten Angelsachsen meint man zu vernehmen. Jede Nation kann symbolisch Anspruch auf einen Teil des militanten Vogels erheben. Wer aber übernimmt den Sitz? Den traurig versagenden Schleuderstuhl? Offenbar nicht einmal die Italiener – bekanntlich hat Berlusconi alle Schleudersitze in seinem Land entfernen lassen. Nun kann nur noch ein Wunder helfen. Wie löst man einen lahmen Schleuderstuhl aus seiner Erstarrung? Vielleicht, indem man Angela Merkel freundlich bittet, einmal darin Platz zu nehmen? *uka*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;  
Österreich 1,60/1,80 EUR;  
Slowakei 1,70/1,90 EUR;  
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;  
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

# Sarkozy schiebt sich ins Abseits

Nur Italiens Premier Berlusconi mit Frankreichs Präsident bei Roma-Abschiebungen einig



In Bukarest demonstrierten in der vergangenen Woche Roma gegen die Repressionspolitik der französischen Regierung.

Foto: dpa/Ghement

Von Uwe Sattler

**Nicolas Sarkozy wollte auf dem europäischen Gipfel am Donnerstag seine Position zu den Roma-Abschiebungen als konform mit dem EU-Recht verkaufen. Der Versuch endete im Fiasko.**

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hat sich wieder einmal vertan. Nachdem der Staatschef bereits zu Hause mit Massenprotesten gegen seine harte Abschiebepolitik gegenüber nichtfranzösischen Roma konfrontiert ist, gehen nun auch seine EU-Kollegen auf Distanz zum Kurs der Pariser Regierung. Frankreichs Staatschef habe auf dem Brüsseler EU-Gipfel am Donnerstag massiv unter Rechtfertigungsdruck gestanden, hieß es aus Delegationen. Sarkozy, der sich wegen seiner Initiativen und Vorschläge bereits wiederholt aus Brüssel rüffeln lassen musste, sei

so isoliert wie lange nicht mehr gewesen. Nur der konservative italienische Regierungschef Silvio Berlusconi stärkte Sarkozy öffentlich den Rücken. Allerdings mit Verspätung: Der Premier aus Rom musste wegen einer technischen Panne seines Flugzeugs zwischenlanden.

Dabei war es Sarkozy selbst, der die Massenabschiebungen aus Frankreich zum Gipfelthema gemacht hatte. Am Vorabend des Brüsseler Treffens, das sich eigentlich mit Wirtschaftsfragen und den Beziehungen zu Asien beschäftigen sollte, hatte er erklärt, er wolle die Frage im Kreise der europäischen Partner ansprechen. Vorausgegangen war ein heftiger Schlagabtausch mit der für Bürgerrechte zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding. Die Luxemburgerin hatte Frankreich am Dienstag wegen der Abschiebungen ein EU-Strafverfahren angedroht und zu

den Ausweisungen erklärt: »Dies ist eine Situation, von der ich dachte, dass Europa sie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht noch einmal erleben werde.«

Der offensichtliche Vergleich mit den Deportationen durch die Nazis rief in Paris Empörung hervor, wengleich sich Reding beeilte, »Missverständnisse« auszuräumen. Keinesfalls habe sie einen Zusammenhang zwischen der aktuellen Lage und den Geschehnissen während des Zweiten Weltkriegs herstellen wollen, betonte Reding am Mittwoch.

Es war nicht das erste Mal, dass die EU-Kommission in der Roma-Frage einen Rückzieher machte. Während das Europäische Parlament am Donnerstag vergangener Woche mit deutlicher Mehrheit die Ausweisungen verurteilte und deren sofortigen Stopp forderte, war EU-Kommissionschef José Manuel

Barroso zwei Tage zuvor in seiner erstmals gehaltenen Rede zur Lage der EU mit keinem Wort auf die Abschiebungen eingegangen – obwohl diese die im Lissabon-Vertrag vereinbarten Grundwerte ebenso verletzen wie die Regelungen zur Personenfreizügigkeit. Allerdings ist die zurückhaltende Position Brüssels gegenüber der Verletzung der Rechte der Roma nicht neu: Obgleich erst im Frühjahr der zweite europäische Roma-Gipfel erneut die Diskriminierungen der Minderheit beklagte, ist es bei schönen Worten zur Integration geblieben.

Offensichtlich hat der Pariser Kurs nun aber zu einem derart deutlichen Echo geführt, dass auch Brüssel das Problem nicht mehr aussitzen kann. Auf dem Brüsseler Gipfel habe es einen sehr harten Schlagabtausch zwischen Sarkozy und Barroso gegeben, hieß es. **Seite 6**

# Neue Gewalt überschattet Nahost-Gespräche

USA drängen zu Kompromissen: Israel soll Stopp des Siedlungsbaus um drei Monate verlängern

**Die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton setzte am Donnerstag ihre Bemühungen um Fortschritte bei den Friedensverhandlungen in Nahost fort. Sie traf in Ramallah mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zu weiteren Gesprächen zusammen. Anschließend wollte sie zu König Abdullah II. nach Jordanien weiterreisen. Die Friedensverhandlungen werden jedoch von einer neuen Welle der Gewalt überschattet.**

**Ramallah/Kairo** (dpa/ND). »Wir alle – angeführt von Präsident (Barack) Obama – sind sehr entschlossen zu Fortschritten in Richtung einer Friedensvereinbarung durch direkte Verhandlungen, die zu einem unabhängigen und souveränen Palästinenserstaat führen sollen, der die Bestrebungen des palästinensischen Volkes erfüllt«, sagte Hillary Clinton am Donnerstag in Ramallah im Westjordanland. Nach Zeitungsberichten will die USA-Regierung die Friedens-

gespräche mit einem Kompromissvorschlag vor dem Scheitern bewahren. Der Vorschlag sieht nach Angaben der arabischen Zeitung »Al-Sharq Al-Awsat« vor, dass Israel sein am 26. September ablaufendes Moratorium für den Bau jüdischer Siedlungen im Westjordanland um drei Monate verlängert. In dieser Zeit sollen sich Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas über die künftigen Grenzen zwischen Israel und einem Staat für die Palästinenser einigen. Den Angaben zufolge stimmte Abbas dem Vorschlag zu, Netanjahu aber nicht.

Beide Spitzenpolitiker hatten am Mittwoch bei einem Treffen in Jerusalem die schwierigsten Probleme des Konflikts diskutiert, darunter die Frage der Grenzen und einen eventuellen Austausch von Gebieten. Der US-amerikanische Nahost-Vermittler George Mitchell

sprach von ernsthaften und substanziellen Diskussionen. »Wir erkennen an, dass es ernsthafte Themen und Herausforderungen gibt, die für beide Führer extrem sensibel sind«, sagte Mitchell. Für ihn sei es »äußerst beeindruckend, sie beide so engagiert zu sehen. In der Tat haben Abbas wie Netanjahu mit hartem internen Widerstand gegen Konzessionen an die jeweils andere Seite zu kämpfen. Die Verhandlungsführer beider Seiten wollen in der kommenden Woche einen Termin für ein neues Spitzentreffen vereinbaren.

Während israelische Medien am Donnerstag die Tatsache herausstrichen, dass in Netanjahus Amtssitz in Jerusalem am Vortag auch die Palästinenserflagge gehisst wurde, überschattete eine neue Welle der Gewalt den »Friedensgipfel«. Israelische Kampfflugzeuge griffen in der Nacht zum Donnerstag erneut Ziele im Gaza-Streifen an. Augenzeugen berichteten

von schweren Explosionen. Eine israelische Armeesprecherin sagte am Morgen, es seien Waffenlager im Norden und Süden des palästinensischen Gebiets beschossen worden. Damit habe man auf Angriffe militanter Palästinenser am Vortag reagiert. Am Mittwoch waren etwa zehn Mörsergranaten und Raketen auf israelischem Gebiet gelandet. Das war nach Angaben der israelischen Armee der stärkste Beschuss an einem einzelnen Tag seit März 2009. Bei den Angriffen wurde jedoch niemand verletzt. Bei israelischen Angriffen im Gaza-Streifen wurden seit Sonntag dagegen vier Menschen getötet und mehrere verletzt.

Abbas' härtester interner Gegner, die im Gaza-Streifen herrschende Hamas-Organisation, heizt die Lage in der Region seit Monatsbeginn wieder an. Die Hamas ist gegen Friedensgespräche und setzt stattdessen auf den bewaffneten Widerstand.

## Häftlinge aus Guantanamo angekommen

Minister: »Humanitärer Beitrag erfüllt«

**Berlin** (dpa/ND). Nach der Ankunft von zwei ehemaligen Guantanamo-Häftlingen in Hamburg und Rheinland-Pfalz will Deutschland keine weiteren Insassen des US-Gefangenenlagers aufnehmen. Ein Syrer und ein Palästinenser, die fast neun Jahre auf der US-Militärbasis in Kuba inhaftiert waren, trafen am Donnerstag in ihrer neuen Heimat ein. Genaue Angaben zum Aufenthaltsort machten die Innenbehörden nicht. Mit der Aufnahme von insgesamt drei Betroffenen habe Deutschland seinen humanitären Beitrag zur Schließung des Lagers geleistet, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am Donnerstag in Berlin. Im Jahr 2006 war bereits der aus Bremen stammende Deutsch-Türke Murat Kurnaz nach viereinhalb Jahren Haft aus Guantanamo nach Deutschland gekommen. Die nun aufgenommenen Männer sollen von der Öffentlichkeit abgeschirmt werden.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) bezeichnete die Aufnahme als überfällig und appellierte an die Bundesregierung, den »notwendigen Beitrag Deutschlands zur Schließung des Gefangenenlagers noch auszuweiten«. US-Präsident Barack Obama wollte das Lager bis Januar 2010 schließen. Als Grund für die Verzögerung wurde wiederholt die zögerliche Haltung anderer Länder zur Aufnahme früherer Häftlinge angeführt.

## Kurz

### Entführung in Niger

**Algier/Paris** (dpa/ND). Nahe der Urangrube von Arlit im westafrikanischen Niger wurden fünf Franzosen und zwei Afrikaner verschleppt. Die französische Regierung setzte einen Krisenstab ein. Ein terroristischer Hintergrund wird nicht ausgeschlossen.

### Busunfall: 37 Tote

**Khartoum** (AFP/ND). Beim Frontalzusammenstoß zweier Busse wurden in Sudan mindestens 37 Menschen getötet und 26 weitere verletzt. Rund 60 Kilometer südlich der Hauptstadt Khartoum fuhr ein Überlandbus beim Versuch, einen Lastwagen zu überholen, auf einen entgegenkommenden Kleinbus.

### Papst bei Queen

**London** (epd/ND). Zum Auftakt seines viertägigen Staatsbesuchs in Großbritannien wurde Papst Benedikt XVI. am Donnerstag von der britischen Königin Elizabeth II. auf deren schottischem Amtssitz in Edinburgh förmlich empfangen.

### Alarm für Pinguine

**Buenos Aires** (AFP/ND). Vor der südargentinischen Küste wurden 141 överschmierte Pinguine entdeckt. Elf Tiere sind bereits verendet. Die Behörden wurden in Alarmzustand versetzt: Ein Tanker könnte illegal seine Öltanks gereinigt und einen Ölteppich verursacht haben.

